

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 9. Januar 2013**

### **3478. 2010/151**

**Motion von Richard Rabelbauer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom  
07.04.2010:**

**Erlass einer Verordnung zur Förderung umweltschonender und emissionsarmer  
Fahrzeuge in der Stadt Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Martin Mächler (EVP)** überträgt die Begründung der Motion an **Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)**: Das Thema war dringend, weshalb wir die Motion einreichen.*

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 5742/2010): Die Anreize zur Förderung emissionsarmer Fahrzeuge soll nicht zu mehr Verkehr führen, denn die Leute sollen weg vom Verbrennungsmotor hin zu Elektrofahrzeugen. Auch sollen sie zu Fuss gehen oder die ÖV nutzen. Es gibt aber Produkte, die transportiert werden müssen, dort weisen Elektrofahrzeuge die bessere Öko-Bilanz auf. Feinstaub und Luftverschmutzung sind ein grosses Problem und generieren hohe Gesundheitskosten. Der Stadtrat will verschiedene Massnahmen zur Förderung der emissionsarmen Fahrzeuge prüfen und die Motion soll das unterstreichen. Die Energiewende wollen wir, jedoch nicht im Höllentempo. Es braucht Übergangslösungen hin zur 2000-Watt-Gesellschaft.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

***STR Claudia Nielsen:** Ein Teil der Forderungen ist schon im Rahmen der Teilstrategie Mobilität abgedeckt. Es gibt auch ausserhalb der Stadt finanzielle Förderungsmassnahmen. Wir müssen das genau anschauen, damit wir nichts fördern, was schon gefördert wird. Am Schluss sind es immer noch Fahrzeuge, die Platz brauchen und nicht die Velos oder die zu Fuss Gehenden konkurrenzieren. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung der Motion, würde aber ein Postulat entgegennehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Martin Bürlimann (SVP):** Die Motion will mit staatlichen Eingriffen ein ideologisches Weltbild durchsetzen. Die Eingriffe weiten die staatlichen Befugnisse der Beamten aus, sie weiten die Staatsquote aus und die Macht des Staates gegenüber dem Individuum. Es ist absurd, eine willkürliche Quote festzulegen und mit Zwangsmassnahmen durchzusetzen. Die SVP sagt dazu Nein und lehnt Motion und Postulat ab.*

**Marianne Aubert (SP)** stellt folgenden Textänderungsantrag: Die SP lehnt die Motion ab und unterstützt das Postulat mit einer Textänderung. Es ist eine Motion mit hohen Kosten und wenig Nutzen. Umweltschonend ist nicht unbedingt emissionsarm und umgekehrt. Zum Beispiel verbrauchen ethanolbetriebene Fahrzeuge Unmengen von Nahrungsmitteln. Autos, die in Zürich subventioniert werden, fahren überall. Warum soll also die Stadt das finanzieren? Die städtische Mobilitätsstrategie, die dazu anregt, zu Fuss zu gehen oder Velo und ÖV zu benutzen, senkt die Schadstoffbelastung genügend nachhaltig.

**Dr. Martin Mächler (EVP)** ist mit der Textänderung sowie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden: Wir möchten niemals, dass es nachher mehr Elektro-Fahrzeuge gibt. Wir wollen, dass die Leute, die sowieso schon ein Auto haben für ihren Warentransport, umsteigen auf Elektroautos.

**Adrian Gautschi (GLP)**: Auch die GLP begrüsst die Förderung umweltbewusster Autos. In Zürich werden die Grenzwerte 50 Mal häufiger überschritten als sie sollten. Wir sagen Nein zur Motion, aber Ja zum Postulat mit dem Textänderungsantrag.

**Bernhard Piller (Grüne)**: Die Stadt ist einfach nicht für Autos gemacht. Lärm, Platz, Unfälle – das sind alles Faktoren, denen es egal ist, mit welchem Antrieb das Auto rumfährt. Wie kann ein motorisiertes Individualfahrzeug umweltschonend sein? In einer Gesamtressourcenbilanz muss man die Infrastruktur und die Entsorgung des Fahrzeugs mit einberechnen.

**Marc Bourgeois (FDP)**: Dem Stadtrat und den Grünen geht es nicht darum, dass Autos umweltschädlich sind. Auch ein Auto, das weniger Ausstoss hat, als ein halb leerer Bus ist noch ein böses Auto, weil es individuell ist und wir bevorzugen ja alle das Kollektiv. Wenn die Stadt nicht für Autos gemacht wird, sollten die Grünen am besten Schranken aufstellen für die Autos, die aus der Stadt rausfahren. Die FDP glaubt nicht, dass auf kommunaler Ebene weitere als die bereits angedachten Massnahmen erforderlich oder zulässig sind. Auch Elektrofahrzeuge brauchen Strom. Nein zur Motion, zum Postulat und zur Textänderung.

**Roger Liebi (SVP)**: Die Grünen wollen kein einziges Auto in der Stadt Zürich und offenbar auch keine Subventionierungen. Ausgerechnet die Vertreter des ÖV – als wenn dieser nicht subventioniert wäre! Lassen sie den Stadtrat sich erst mit dem Umverkehr befassen.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie emissionsarme Fahrzeuge auf dem Gebiet der Stadt Zürich gefördert werden können, mit dem Ziel der Reduktion des restlichen MIV. Dabei sollen umweltschonende, emissionsarme Fahrzeuge dann gefördert werden, wenn im Gegenzug die Anzahl fossil betriebener Fahrzeuge entsprechend reduziert wird. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Verordnung zur Förderung des Verkehrs umweltschonender, emissionsarmer Fahrzeuge (Hybrid-, Elektro-, Biogasantrieb, u.a.)

3 / 3

~~auf dem Gebiet der Stadt Zürich zu unterbreiten. Ziel dieser Verordnung ist es, den Anteil an Haltern von solchen emissionsarmen und, — sobald die technische Entwicklung soweit ist — schadstofffreien, umweltschonenden Fahrzeugen mit Wohnsitz in der Stadt Zürich innerhalb spätestens 20 Jahren auf mind. 75% zu erhöhen sowie den Anteil am Modal Split in der Kategorie MIV durch solche Fahrzeuge auf Stadtgebiet innerhalb desselben Zeitraums auf mind. 50% zu erhöhen. Um diese Ziele zu erreichen, formuliert die Verordnung einen entsprechenden Zeitplan und ein geeignetes Bündel an Massnahmen.~~

Das Postulat GR Nr. 2013/1 (statt Motion GR Nr. 2010/151, Umwandlung) wird mit 54 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat